



<https://biz.li/3tsr>

PARTEI DIE LINKE LÄDT ZUM FILMABEND IM STADTHAUS EIN

Veröffentlicht am 14.03.2019 um 12:04 von Redaktion LeineBlitz

Die Partei DIE LINKE lädt ein zum Filmabend und

Gespräch zum Thema "Pflege am Boden" mit Jessica Kaußen, Vorsitzende des Kreisverbandes der Partei DIE LINKE. am Dienstag, 19. März, um 19.30 Uhr im Stadthaus Laatzten, Marktplatz 2. "Krank aus der Klinik" - so oder ähnlich lauten die Titel zahlloser alarmierender Berichte aus deutschen Krankenhäusern. Erstaunlicherweise fehlt dabei aber fast immer der Bezug auf die wesentliche Ursache dieser Zustände: die seit 2003 verbindliche Vergütung der Krankenhäuser durch sogenannte Fallpauschalen. Nach ihr hat jede diagnostizierbare Krankheit einen fixen Preis. Wer mit möglichst geringen Kosten den Patienten schnell abfertigt, macht Gewinn; wer sich auf die Patienten einlässt, macht Verluste. Die Einführung der Fallpauschalen war der entscheidende Schritt zur Kommerzialisierung der Krankenhäuser, die bis dahin vom Gedanken der Empathie und Fürsorge getragen wurden. Wirtschaftsberater durchforsteten seitdem jede Abteilung und prüften, ob Vorgänge nicht mit noch weniger Personal bewältigt werden können. Die Frage ist nicht mehr: Was braucht der Patient? Sondern: Was bringt er uns? Viele Ärztinnen und Pflegerinnen können in diesem System nicht mehr arbeiten, ohne selbst krank zu werden. "Wären die DRGs ein Medikament, so müsste man sie mit sofortiger Wirkung vom Markt nehmen. Alle versprochenen Wirkungen sind ausgeblieben, und alle Nebenwirkungen sind eingetreten", resümiert der Berliner Ärztekammerpräsident Dr. Günther Jonitz. Der Film "Der marktgerechte Patient" handelt von den Ursachen und fatalen Folgen der Fallpauschalen. Leslie Franke und Herdolor Lorenz haben sich dazu mit Medizinern, Pflegepersonal und Patienten getroffen, mit Krankenhausmanagern und Gesundheitsaktivisten. Auf der Basis einer scharfen Ursachenanalyse liefert ihr Film Argumente für alle, die sich für eine menschenwürdige und soziale Gesundheitsversorgung für Patienten und Beschäftigte einsetzen wollen.